

Lindner hat dem Land großen Schaden zugefügt

Ein Skandal allererster Güte ist die Verlogenheit von Noch-FDP-Bundesvorsitzender Christian Lindner, der als (nun ehemaliger) Bundesfinanzminister das Urteil des Verfassungsgerichts in Karlsruhe bewusst ignorierte: Kapitalerträge mit dem persönlichen Einkommensteuersatz, statt mit verfassungswidrigen 25 Prozent mit bis zu 42 Prozent zu versteuern. Schon allein damit, dem Bundeshaushalt zustehende Steuereinnahmen nicht zuzuführen und einzutreiben, hat er seinen Amtseid verraten. Recht hat Anne Brorhiller, die ehemalige Cum-Ex-Chefanklägerin, dass Lindner auf bis zu 40 Milliarden Euro geraubter Steuern verzichten will, diese von großen und kleinen Banken zurückzuholen.

Mit dem Geld könnten Behörden so ausgestattet werden, dass Wirtschaftskriminelle gerichtlich endlich zur Verantwortung gezogen werden. Auch Investitionsrückstände könnten in unsere Infrastruktur getätigt werden, die dringend erforderlich sind. Damit könnte unser aller Zusammenleben erleichtert werden, und Deutschland hätte in EU-Europa wieder eine Zukunft.

Lindner hat mit seinen persönlichen Eitelkeiten unserem Land und mehrheitlich allen Bürgerinnen und Bürgern großen Schaden zugefügt. Er hat bewiesen, dass er nicht koalitionsfähig ist, sich an keine Koalitionsabsprachen hält und somit für ein öffentliches Amt ungeeignet ist. Wir haben in unserem Gemeinwesen kein Ausgaben-, sondern eindeutig ein Einnahmeproblem sowie das große Problem der Steuergerechtigkeit! Ein Blick ins Grundgesetz würde den Bundestagsabgeordneten neue Einsichten vermitteln.

Klaus Jürgen Lewin, Bremen

Merz wird mehr Probleme lösen müssen als Scholz

Der Wahltermin steht fest und die Bewerber für das Amt des Kanzler auch. Der nächste Bundeskanzler heißt Friedrich Merz, da ist sich Christian Lindner sehr sicher. Dass Olaf Scholz nicht so beliebt ist wie der Verteidigungsminister Pistorius, ändert daran nichts. Die SPD-Spitze und die Bundestagsfraktion wollen Scholz wieder als Kanzler sehen. Die SPD hat ihre Entscheidung getroffen. Die Zeit reicht für eine innerparteiliche Debatte oder SPD-Mitgliederbefragung nicht aus.

Ein Kanzler Merz hat noch mehr Probleme zu lösen, als Olaf Scholz sie hatte. Trump sei Dank: Die Exportwirtschaft Deutschlands wird mit Einfuhrzöllen belegt, das ist ein weiterer Tiefschlag für die Konjunktur.

Thomas Bartsch Hauschild, Hamburg

Wir stehen vor einer Schicksalswahl

Der 23. Februar 2025, der jetzt als Wahltag geplant ist, wird darüber entscheiden, ob die Bundesrepublik sich weiterhin liberale Demokratie nennen darf oder ob wir eine Koalitionsregierung bekommen, die sich vor allem aus rechten Protagonisten



Impression aus der Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion vom 12.11., im Zentrum Kanzler Olaf Scholz. DPA

Die SPD muss zu ihren Werten stehen

Zuschriften von Leserinnen und Lesern zum vorzeitigen Ende der Ampelkoalition und zu Neuwahlen

wie Friedrich Merz oder Markus Söder zusammensetzt. Für den jetzigen Zustand ist vor allem die neoliberale FDP verantwortlich, bei der nichts mehr daran erinnert, dass diese Partei einmal eine sozialliberale Ära hatte, die für diese Republik sehr viel Positives geschaffen hat. Christian Lindner hat in den drei Jahren der Ampel vor allen Dingen eine Politik betrieben, die nur als marktradikal, neoliberal und von sozialer Kälte geprägt bezeichnet werden kann.

Bei dieser Wahl geht es schlicht und ergreifend darum, ob die deutsche organisierte Rechte der AfD in diesem Land Einfluss gewinnen wird oder ob wir auch nach dem 23. Februar davon sprechen können, dass hierzulande eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zu den Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates steht.

Es ist schwer einzuschätzen, was am 23. Februar passieren wird. Aber ich als Sozialdemokrat werde alles dafür tun, damit die Frage der sozialen Gerechtigkeit und der notwendigen Vermögensumverteilung in dieser Wahlausinandersetzung thematisiert wird. Die SPD muss sich auf ihren Markenkern besinnen und Anwalt der kleinen Leute sein. Das soll heißen, dass sie sich sowohl für die Arbeitnehmer, also lohnabhängige Beschäftigte, als auch für die Minderheiten einsetzen muss.

Vieles riecht danach, dass wir einen Wahlkampf erleben werden, in dem rechte Hetze gegen Ausländerinnen und Ausländer praktiziert werden wird. Diese Wahl wird eine historische Wahl, eine Schicksalswahl für dieses

Land sein, womit ich meines Erachtens nicht übertreibe.

Es muss erreicht werden, dass der Union ihre Grenzen aufgezeigt werden und sich die CDU/CSU nicht wie so oft in der Geschichte als verhinderte Staatspartei sehen kann. Es wäre gut, wenn darüber hinaus in der verbleibenden Zeit der Verbotantrag gegen die AfD beschleunigt werden könnte. Vielleicht ist diese Wahl vergleichbar mit der Wahl des Jahres 1972, als Willy Brandt einen historischen Sieg für die Sozialdemokratie erzielt hatte. Ich gehöre zu denen, die angesichts der bevorstehenden Wahl schlaflose Nächte entwickeln, und ich befürchte, dass die deutsche Rechte einen schlimmen Erfolg zu verzeichnen haben wird.

Manfred Kirsch, Neuwied

Es gibt bereits eine Agenda 2030

Ich habe gelesen, dass Herr Merz als Kanzlerkandidat eine Agenda 2030 zu formulieren vorhat. Ich möchte ihn und Sie alle darauf aufmerksam machen, dass es die Agenda 2030 bereits gibt. Die Vereinten Nationen haben sie am 25.9.2015 verabschiedet. Frau Merkel hat für Deutschland unterzeichnet. Die Resolution verpflichtet alle Unterzeichnerstaaten. Jede Regierung ist daran gebunden.

Verschiedene Absichtserklärungen in den vergangenen Wochen und Monaten deuten für mich darauf hin, dass Merz' Vorhaben und Ziele weit von der UN-Transformations-Agenda abweichen. Ich bitte alle Politiker herzlich und eindringlich, die in eine bessere Zukunft für alle gerichtete

Agenda ernst zu nehmen und aktiv auf ihre Umsetzung hinzuwirken. Vor allem dann, wenn Sie bei der Wahl in Regierungsverantwortung kommen!

Maria Gubisch, Gelnhausen

Die FDP ist nach dem Bruch der Ampel demaskiert

Der Verkehrsminister Volker Wissing ist hoffentlich nicht umsonst Verkehrsminister geblieben trotz der Aufkündigung der Ampelkoalition. So sollte man wenigstens das Deutschlandticket beibehalten und nicht alles schlechtmachen, was diese vergangene Regierung tat.

So war es vielleicht nicht für jeden, aber bestimmt für viele ein Segen: die Einführung des Neun-Euro-Tickets und seines Nachfolgers, des Deutschlandtickets. Wie war die Situation davor beispielsweise in Dreieich? Eine Fahrt nach Frankfurt und zurück waren über zehn Euro, die Monatskarte Umland und Stadt Frankfurt kostete über hundert Euro. Auch die Regelsatzerhöhung im Bürgergeld fand ich richtig, dahingehend passierte unter einer unionsgeführten Regierung Merkel gar nichts.

Außenpolitisch sind da nur wenige Unterschiede zwischen der SPD und einer unionsgeführten Regierung. Das Schlechtmachen der Ampelkoalition hat aber Methode, wenn zumal die FDP-Opposition mit in der Regierung ist und sich ständig zu profilieren versuchte. Immerhin ist die FDP nach dem Bruch der Koalition demaskiert und wieder auf dem Weg, eine konservative, neoliberale

Partei zu sein, die am liebsten mit der Union zusammen eine Regierung bilden würde, wie unter Helmut Kohl.

Stefan Vollmershausen, Dreieich

Zurzeit herrscht ein unsäglicher Populismus

Liebe Frau Dankbar, danke für Ihre Meinung zur Kandidatensuche der SPD. Ich selbst bin nach Brandt und Schmidt, unmittelbar nach der Wahl von Helmut Kohl zum Bundeskanzler, SPD-Mitglied und lese seit dieser Zeit auch regelmäßig als Abonnent die FR. Es ist das erste Mal, dass ich einen Leserbrief als Kommentar schreibe.

Ihrer Einschätzung, Olaf Scholz wäre als Gast bei Miosga arrogant rübergekommen, teile ich überhaupt nicht (zu: „Augen zu und durch“, FR-Meinung vom 13.11.). Offenbar verstehen Sie nicht diesen trockenen norddeutschen Witz (das sage ich als Leser im tiefen Süden im alemannischen Schwarzwald). Nicht weil er es selbst von sich sagte, der Mann ist cool.

Zur Diskussion: Die SPD sollte zu ihren Werten stehen und nicht ebenfalls diesem unsäglichen Populismus bzw. Personenkult aus Trendumfragen anheim fallen.

Robert Gärtner, Oberprechtal

Das Verfassungsgericht muss gesichert werden

In der Causa „Neuwahlen“ und der vor Auflösung des Bundestages noch zu verabschiedenden Gesetze lese ich immer wieder Stichworte wie „Steuersenkung“, „Kindergelderhöhung“ oder „Finanzierung des Deutschlandtickets“. Was ich in dieser Reihe vermisse, ist die von Ampel- sowie Unions-Parteien gemeinsam verabredete Änderung des Grundgesetzes zur Absicherung des Verfassungsgerichts vor einem drohenden, sich an den „Vorbildern“ Polen und Ungarn orientierenden Zugriff von Rechtsaußen.

Ohne die Relevanz der genannten anderen Themen in Abrede stellen zu wollen, muss doch klar sein, dass dieses letztgenannte Vorhaben als zwingend und unbedingt vorrangig zu betrachten ist. Es wäre nicht nur grob fahrlässig, sondern vor dem Hintergrund der insbesondere von der AfD, wegen des gnadenlosen wagenknecht'schen Populismus aber auch vom BSW ausgehenden Gefahren für die Demokratie absolut unverzeihlich, wenn die besagte „Wetterfestmachung“ des Gerichts den vor allem von Herrn Merz forcierten Scharmützeln und Winkelzügen um Vertrauensfrage und Neuwahlen letztlich noch zum Opfer fiel. Man kann daher nur an die Vertreter aller demokratischen Parteien appellieren, ihren Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass die besagte Causa aus jeglichen wahltaktischen Manövern und parteitaktischen Spielchen herauszuhalten ist und die erforderliche Verfassungsänderung in jedem Falle noch in der laufenden Legislaturperiode zustande kommt. Denn dass die hierfür erforderliche Zweidrittel-Mehrheit auch im nächsten Bundestag noch gesichert wäre, ist mindestens zweifelhaft.

Jörg Kröber, Landau

Diskussion: frblog.de/ampel-aus